

# Mit Bargeld gegen Impfmuffel

Noch gibt es zu wenig Impfstoff. Auf mittlere Sicht aber droht die Impfbereitschaft zum Problem zu werden. Manche Forscher meinen: Bezahlt die Menschen!

Von Gustav Theile, Frankfurt

Wie bringt man möglichst viele Leute dazu, sich impfen zu lassen? Noch scheint sich diese Frage nicht zu stellen: Schließlich wollen sich mehr Menschen impfen lassen, als Impfstoff zur Verfügung steht. Doch wenn die Hersteller ihre Lieferungen wie angekündigt steigern, könnte sich der Fokus schnell wieder verschieben. Mittelfristig könnte die Impfbereitschaft das Problem werden.

Die gute Nachricht ist: In den vergangenen Wochen hat sich die Impfbereitschaft leicht erhöht. Laut einer Allensbach-Umfrage von Ende Januar ist sie seit Mitte Dezember unter allen Deutschen, die älter sind als 16 Jahre, von 52 auf 63 Prozent gestiegen. Die schlechte Nachricht: Das dürfte immer noch zu niedrig sein. Ende November ging das Bundesgesundheitsministerium davon aus, dass 70 Prozent der Menschen immun sein müssen, um die Verbreitung zu stoppen. Doch schon damals warnte das Ministerium: „Steigt die Übertragungswahrscheinlichkeit von Sars-CoV-2, muss damit gerechnet werden, dass auch die Notwendigkeit einer höheren Immunität in der Bevölkerung besteht.“ Ebendas ist mit den Mutationen eingetreten. Der SPD-Politiker Karl Lauterbach oder Infektiologin Clara Lehmann sprechen von Quoten von mehr als 80 Prozent.

## Werbung hat keine Voodoo-Kräfte

Schließt man eine Impfpflicht aus, gibt es im Kern wohl drei Strategien, um die hohe Impfquote zu erreichen: überzeugen, negative Anreize setzen oder positive Anreize setzen. Die ersten beiden Strategien werden intensiv verfolgt: Überzeugen will die Regierung mit gewöhnlicher Kommunikation, etwa wenn Politiker Interviews geben und um Vertrauen werben. Wissenschaftler melden sich zu Wort und betonen, wie sicher die Impfungen sind. Soziale Netzwerke bekämpfen Falschinformationen. Auch die Werbekampagne der Regierung soll überzeugen: Auf Plakaten und in Werbespots signalisieren Menschen mit hochgekremelten Ärmeln ihre Impfbereitschaft oder zeigen, dass sie schon geimpft sind. Das lässt sich die Regierung angeblich 25 Millionen Euro kosten. Nicht überall kommt die Kampagne gut an. Andreas Schubert, Präsident des Werbeverbandes ZAW, findet die „vergrößerten kommunikativen Anstrengungen der Bundesregierung“ zwar „richtig und wichtig“. Doch Werbung besitzt keine Voodoo-Kräfte. „Vertrauen muss erworben werden, man muss liefern“, sagte er der F.A.Z. ZAW-Hauptgeschäftsführer Bernd Nauen ergänzt: „Die Kampagne allein wird nicht die Macht haben, Verhalten zu ändern oder Skeptizismus auszuräumen, wenn es daran mangelt: Organisation, Verteilung, Dialog, Terminvergabe.“ Auch Marketingpsychologen üben Kritik. Im Fachmagazin „Horizont“ hieß es jüngst, die Kampagne sei spröde. Die Botschaft sei, dass die Menschen weiter durchhalten sollten. Stattdessen hätten die Fachleute eine emotionale Kampagne besser gefunden, die etwa deutlich mache, wie sich das Leben wieder verbessern könne, wenn sich ausreichend Menschen impfen ließen.

# Corona provoziert Lügen

Falschnachrichten gedeihen im Netz wie nie zuvor

cbu. BERLIN. Die Corona-Pandemie hat Falschmeldungen in den sozialen Medien einen nie dagewesenen Auftrieb verliehen. „Die Verbreitung von Falschmeldungen wird immer aggressiver vorangetrieben“, stellte Alice Echtermann, stellvertretende Leiterin des Faktencheck-Teams der Nachrichtenplattform Correctiv, am Dienstag auf einer Konferenz des Bundesjustizministeriums (BMJV) und des Digitalverbandes Bitkom zum „Safer-Internet-Tag“ fest. Noch nie habe es ein Thema gegeben, das eine so große Angriffsfläche für Falschnachrichten geboten habe und das gleichzeitig so viele Menschen betreffe. Correctiv hat in Deutschland einen guten Einblick in das Ausmaß des Problems: als Teil eines Teams, das für das soziale Netzwerk Facebook Meldungen auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft.

Bestätigt wird dieser anekdotische Befund auch durch eine repräsentative Bitkom-Befragung von rund 1000 Nutzern. Neun von zehn Social-Media-Nutzern (92 Prozent) sind in den vergangenen zwölf Monaten Falschnachrichten in sozialen Netzwerken aufgefallen, dabei war jeder Dritte (33

Auch die zweite Möglichkeit, nämlich negative Anreize, wird vielfach diskutiert. So jedenfalls lässt sich die Debatte um „Privilegien“ für Geimpfte auch verstehen: Wer sich nicht impfen lässt, muss weiter mit Einschränkungen leben. Entsprechend steigt der Anreiz, sich impfen zu lassen. Der Ethikrat hat sich jüngst gegen Lockerungen für Geimpfte ausgesprochen, betont aber auch: „Während es für staatliche Freiheitsbeschränkungen stets eines rechtfertigenden Grundes bedarf, haben private Anbieter im Grundsatz die Möglichkeit, den Zugang zu ihren Angeboten frei zu regeln.“ Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich dafür offen gezeigt. Und der Chef des Ticket-Dienstleisters Eventim, Klaus-Peter Schulenberg, fordert: Wenn alle die Möglichkeit zur Impfung gehabt hätten, „sollten privatwirtschaftliche Veranstalter einen Impfnachweis zur Zugangsvoraussetzung machen können“.

## 1000 Dollar für die Impfung?

Die dritte Möglichkeit wird hierzulande noch wenig diskutiert. In Amerika sind einige Betriebe, darunter der Discounter Aldi, vorgeprescht: Sie bezahlen ihre Mitarbeiter dafür, dass sie sich impfen lassen. Die Beträge variieren: Einige bieten ihren Angestellten den Gegenwert von zwei Stundenlöhnen. Ein Krankenhaus in Texas zahlt den Mitarbeitern sogar 500 Dollar. Im Herbst hatte Harvard-Ökonom Gregory Mankiw in der „New York Times“ für Beträge von 1000 Dollar plädiert. Eine Reihe von Bio-Ethikern und Verhaltensökonomente entgegnete, die Zahlungen könne die Impfbereitschaft möglicherweise sogar senken. Er wolle seine Angestellten nicht durch Anreize dazu bringen, sich impfen zu lassen, sagte auch Post-Chef Frank Appel der „Financial Times“: „Wir würden eher selbst Vorbilder sein wollen.“

Auch unter deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlern finden sich beide Positionen. Nora Szech ist eine klare Befürworterin. Die VWL-Professorin am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist für ihre Forschung zu moralischen und verhaltensökonomischen Fragen bekannt und unter anderem Teil des Corona-Expertenkreises der Helmholtz-Gemeinschaft. Sie argumentiert: „Ich würde das gar nicht als Anreiz bezeichnen, sondern als Kompensation.“ Wer zur Impfung gehe, investiere Zeit. Auch sei die Pandemie für alle eine Belastung, die Impfpflicht eine Belohnung fürs Durchhalten.

Matthias Sutter widerspricht: „Wenn man für eine Impfung bezahlt wird, wird das von manchen Menschen so wahrgenommen, als ob man für einen Gesundheitsschaden kompensiert werden müsste“, warnt der Direktor des Max-Planck-Instituts (MPI), der auch Verhaltensökonom ist. Deshalb könne eine Bezahlung Misstrauen schüren, vor allem wenn sie von staatlicher Seite komme. Für ihn ist klar: „Das Nonplusultra ist Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung.“ Die hält auch Szech für wichtig. Sutters Skepsis teilt sie aber nicht: „Ich glaube nicht, dass es Misstrauen geben würde“, sagt Szech, die gerade Umfragen auswertet, wie Menschen auf eine Bezahlung reagieren würden. „Ich sehe da gar kein Problem, wenn der Staat sagen würde: Wir kompensieren die

Prozent) sogar häufig damit konfrontiert. In klassischen Medien wurden Falschnachrichten etwas seltener beobachtet (79 Prozent aller Verbraucher insgesamt, 21 Prozent häufig). Über Messenger wie WhatsApp oder Telegram hat jeder Zweite schon Falschnachrichten erhalten.

Das Problem wird von der Europäischen Union schon adressiert: Im Dezember stellte die Kommission die Pläne für ein Digitales Dienstleistungsgesetz vor, das auch Vorkehrungen gegen Hass und Hetze im Netz trifft. An einigen Stellen müssten die EU-Staaten die Regeln noch nachschärfen, fordert Christian Kastrop, BMJV-Staatssekretär. Auch auf europäischer Ebene brauche man Regeln, wie sie schon im deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) stünden: kurze Fristen für die Bearbeitung von Nutzerbeschwerden und demnächst auch erweiterte Meldepflichten an Strafverfolgungsbehörden. Die sozialen Netzwerke nähmen diese Verantwortung auch an, beteuerte Youtube-Managerin Sabine Frank. Rund 60 Mitarbeiter des Unternehmens seien allein mit den Meldungen zum NetzDG beschäftigt.



Überzeugung, Anreiz oder Bestrafung: Wie lassen sich die Impfzentren wie hier in Trier am besten führen?

Foto: Lucas Bäuml

Menschen, die uns helfen, aus der Misere rauszukommen.“ Das sei ein viel liberalerer Ansatz, als Menschen, die nicht geimpft sind, den Zutritt zu Veranstaltungen zu verwehren. Sie führt als Belege für die Wirksamkeit einige Vergleiche an: Lehrer hätten ein geringes Interesse gehabt, sich regelmäßig auf Corona testen zu lassen. Der Grund: Es sei nicht ausreichend anerkannt worden, wie hoch der zeitliche Aufwand sei. Diesen müsse man kompensieren. „Das ist bei der Impfung ganz genauso.“ Zudem zeige sich anderswo, dass Bezahlungen ein gutes Mittel seien. „In Entwicklungsländern wurde ausprobiert, Menschen für Impfungen zu bezahlen. Da funktioniert das in der Regel sehr gut.“ Oder die Blutspende: „Es gab die Befürchtung, dass keiner mehr Blut spenden will, wenn es 50 bis 100 Euro gibt. Das hat sich empirisch nie bestätigt.“ Die Blutspendebereitschaft sei in Ländern mit Vergütung viel höher. „Der Unterschied ist: Die Menschen spenden Blut nicht für ihr eigenes Wohlergehen“, entgegnet Bioethiker Frank Miller. Damit lasse sich dieser Effekt nicht auf die Corona-Impfung übertragen, meint der pensionierte Professor der amerikanischen Eliteuniversität Cornell, der lange für die Nationalen Gesundheitsinstitute der Regierung tätig war. KIT-Professorin Szech argumentiert: „Viele Leute sind beim Impfen hin- und hergerissen. Wenn es wenig

# Spezielle Steuer für Online-Lieferanten

Der britische Finanzminister plant eine Sonderabgabe für die boomende Branche

ppl. LONDON. Angesichts des Booms vieler Online-Händler in der Corona-Zeit gibt es im britischen Finanzministerium Überlegungen für eine Sondersteuer auf die „exzessiven“ Gewinne von Online-Konzernen. Vor allem der Internethandelsriese Amazon, aber auch andere wie der Modehändler Asos oder die Essenslieferdienste Ocado, Just Eat und Deliveroo sind im Visier. Amazons Umsatz in Großbritannien ist 2020 um 51 Prozent auf fast 20 Milliarden Pfund gewachsen. Beschlossen ist in der Steuerfrage noch nichts, doch planen die Beamten von Finanzminister Rishi Sunak in den nächsten Wochen konkrete Beratungen. In Sunaks Haushaltsplan klappt ein gewaltiges Defizit. Mehr Steuereinnahmen von den Online-Konzernen kämen ihm recht. 18 Einzelhandelsketten haben in einem Brief an den Schatzkanzler eine „fundamentale Steuerreform“ gefordert, die ihre stationären Geschäfte entlasten und die Wettbewerbsbedingungen gegenüber den Online-Händlern „ausbalancieren“ soll. Unterzeichnet haben die Chefs der Supermarktketten Tesco und Morrisons, der Einzelhandelsgruppe Kingfisher und der Buchhandelskette Waterstones. Unternehmen in Großbritannien

Aufwand ist, machen sie es. Wenn nicht, dann nicht.“ Auch bei der Grippeimpfung zeige sich: Je geringer der Aufwand, desto mehr Menschen ließen sich impfen. Eine Kompensation würde damit, so die Logik, den gefühlten Aufwand senken.

## Die Nebenwirkungen der Bezahlung

Bioethiker Miller findet: Sich impfen zu lassen ist eine moralische Pflicht. „Und wir bezahlen Menschen nicht dafür, dass sie Sachen machen, für die es eine Pflicht gibt.“ Auch um die Ungleichheit macht er sich Sorgen: Die Zahlung könne so aufgefasst werden, dass man ärmeren Menschen zur Impfung zwingen möchte. „Eine Bezahlung kann Nebenwirkungen haben“, findet auch MPI-Direktor Sutter. Langfristig könne die Impfbereitschaft gegen andere Krankheiten sinken, sollten sich die Menschen an die Bezahlung gewöhnen. Zudem träten weitere Gerechtigkeitsfragen auf, würde die Prämie erst später eingeführt: „Warum wird dann im Mai bezahlt und im April noch nicht?“ Eine denkbare Folge: Manche Menschen warten mit der Impfung, weil sie auf eine Vergütung spekulieren.

Das eine Bezahlung, sofern sie die Impfbereitschaft erhöht, volkswirtschaftlich sinnvoll ist, darin sind sich Szech und Sutter einig. „Das Geld wäre besser investiert, als den Lockdown zu verlängern“, sagt Sutter. Bioethiker Miller widerspricht: „Wenn wir Menschen bezahlen, die sich ohnehin impfen lassen wollen, verschwenden wir viel Geld. Wir reden über Hunderte Milliarden Dollar.“ In Deutschland wäre bei einer Vergütung von 1000 Euro – je nachdem, welche Bevölkerungsgruppen geimpft werden – ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag

fällig. Angesichts der Lockdown-Kosten ist das wenig. Und so fallen die Meinungen auch bei der Frage der Höhe der Prämie auseinander. Miller könnte sich mit einem Betrag von 40 Dollar anfreunden, der tatsächliche Kosten – etwa ausgefallene Arbeitszeit – kompensiert. Szech hält höhere Beträge für nötig: „Das Impfziel liegt sehr hoch. Ich weiß nicht, ob beispielsweise 50 Euro da schon genügen. In Amerika gibt es höhere Kompensationen“, verweist sie auf die Zahlungen etwa von Krankenhäusern. Wie hoch genau die Bezahlung sein sollte, darauf will sie sich noch nicht festlegen. „In ein paar Wochen haben wir empirische Ergebnisse.“

In einem Punkt aber sind sich die Wissenschaftler einig: „Gruppendynamik spielt eine große Rolle“, sagt MPI-Direktor Sutter. Szech ergänzt: „Es hängt total daran, wie viele andere um mich herum sich impfen lassen.“ Sie hat eine Idee, wie sich das nutzen lässt: „Der erste Teilbetrag könnte gezahlt werden, wenn man sich selbst impfen lässt. Der zweite wird gezahlt, wenn ein allgemeines Impfziel erreicht ist.“ Ob im Betrieb oder im Land.

So könnte die Impfpflicht zu einem Meilenstein werden. Mehr Impfstoffe, bessere Impfstoff-Logistik, klarere politische Kommunikation, eine emotionalere Werbekampagne und praktische Nachteile für Impfverweigerer sind weitere. Für Unternehmen liegt in der Prämie eine Chance: Sie könnten mit wenig Geld einen Beitrag leisten und durch eine Gruppen-Prämie den Zusammenhalt stärken, sofern nicht gerade Impfgegner mobil machen. Und vielleicht wird die Idee auch den Wahlkampf noch beschäftigen. Eine begründbare Prämie für alle, die symbolisch für die Überwindung der Pandemie steht: Welcher Politiker könnte da widerstehen?

# Corona-Reserve schmilzt um 8 Milliarden Euro

mas. BERLIN. Die Corona-Reserve im laufenden Bundeshaushalt sinkt spürbar. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat Mehrausgaben von insgesamt 8 Milliarden Euro beantragt. Der zuständige Bundestagsausschuss soll die Mittel an diesem Mittwoch freigeben. Für Kosten im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covid-19-Pandemie hat die schwarz-rote Koalition im Haushalt pauschal zusätzliche Ausgaben von 35 Milliarden Euro eingeplant. Mehrbedarfe über 100 Millionen Euro aus der globalen Mehrausgabe sind vom Haushaltsausschuss freizugeben. Das Gesundheitsministerium beantragt nochmals mehr als 6,2 Milliarden Euro für die Beschaffung weiterer Impfstoffe. Die Verhandlungen mit weiteren Impfstoffherstellern auf EU-Ebene, die Verteilung der erworbenen Impfdosen unter den Mitgliedstaaten sowie nationale Verhandlungen Deutschlands mit einzelnen Herstellern führten zu diesem zusätzlichen Bedarf, heißt es in dem Schreiben des Finanzministeriums an den Bundestag, das der F.A.Z. vorliegt.

Damit würden im Haushaltsjahr insgesamt fast 8,9 Milliarden Euro für diesen Zweck zur Verfügung stehen. „Das Bundesgesundheitsministerium beabsichtigt, damit insgesamt bis zu 635,1 Millionen Impfstoffdosen zu beschaffen“, erläuterte die Parlamentarische Staatssekretärin Bettina Hagedorn (SPD). Darüber hinaus werden 300 Millionen Euro zusätzlich für das erweiterte Kinderkrankengeld in diesem Jahr benötigt. Der erhöhte Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenkassenversicherung soll deren damit verbundenen Mehraufwand ausgleichen. Schließlich sollen die Krankenhäuser einen Nachschlag von 1,5 Milliarden Euro wegen des weiterhin schweren Verlaufs der Pandemie erhalten.

# Kabinetts billigt neues Sozialpaket

dc. BERLIN. Die Gesetzgebung für neue Corona-Zuschüsse an Hartz-IV-Bezieher und Familien kann beginnen: Das Bundeskabinett hat am Dienstag den Bundestagsfraktionen von Union und SPD seinen Vorschlag für ein „Drittes Sozialschutzpaket“ übermittelt, um die jüngst im Koalitionsausschuss verabschiedeten Sonderzahlungen umzusetzen. Erwachsene Bezieher von Grundsicherung sollen damit im Mai einen Einmalzuschlag von 150 Euro zu ihrer Regelleistung bekommen. Neben Hartz IV gilt dies auch für die Grundsicherung im Alter, also für Rentner mit Sozialhilfe.

Daneben sieht das Paket vor, die seit 2020 geltenden gelockerten Bedingungen für den Zugang zu Hartz IV bis Jahresende zu verlängern: Antragsteller müssen damit weiterhin nicht erst ihr Vermögen bewerten, bevor sie Einkommenshilfen vom

## MORGEN IM REISEBLATT

### Melancholie

Suche nach dem Alten im Neuen: Eine Zeitreise durch Schlesien

### Anatomie

Vermessung einer Seelenlandschaft: Wandern im winterlichen Westerwald

### Paradoxie

Klarer sehen dank Unschärfen: Olga Karlovac fotografiert Kroatien

Kostenloses Probeabo:  
069 7591-3359; www.faz.net/probeabo



Jobcenter erhalten. Ebenso bleibt ihnen ein Umzug in eine kleinere Wohnung erspart, das Amt übernimmt auch dann die Wohnkosten, wenn sie eigentlich über den sozialrechtlichen Höchstgrenzen liegen. Ohne die geplante Neuregelung wären die Ausnahmen Ende März ausgelaufen.

Daneben will die Koalition in einem gesonderten Verfahren den ebenfalls verabschiedeten neuen Corona-Zuschlag für Familien mit Kindern regeln: Dem Entwurf für ein „Drittes Corona-Steuerhilfegesetz“ zufolge wird für alle kindergeldberechtigten Kinder im Mai ein einmaliger Zuschlag von ebenfalls 150 Euro ausgezahlt. Für Familien in Hartz IV soll dieser ausnahmsweise nicht mit ihrer Grundsicherung verrechnet werden; auf beiden Paketen zusammen erhalten sie damit für jedes Familienmitglied 150 Euro. Die Gesamtkosten für den Bundeshaushalt werden auf knapp drei Milliarden Euro geschätzt. Der aktuelle Zeitplan der Koalition sieht vor, die Hilfen Ende Februar im Bundestag und Anfang März im Bundesrat zu beschließen.